



Erklärung

Die Gesellschaft Schweiz-Albanien drückt ihr tiefes Bedauern aus, dass es am 21. Januar 2011 bei Demonstrationen in Tirana zu Todesopfern gekommen ist. Wir sind entsetzt über die sinnlose Gewalt. Den Angehörigen der Opfer gehört unser tief empfundenes Beileid.

Wir müssen feststellen, dass diese Ereignisse für die Wahrnehmung Albaniens in Westeuropa folgeschwer sind: Solche Exzesse schaden der Entwicklung Albaniens unmittelbar und auch längerfristig sehr direkt und empfindlich. Sie untergraben die Bemühungen der Gesellschaft Schweiz-Albanien nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit, denn sie verängstigen Touristen, verunsichern künftige Importeure und schrecken potentielle Investoren ab.

Gewalt hat im politischen Diskurs nichts verloren. Wir fordern alle politischen Parteien deshalb eindringlich auf, sich strikte an die Spielregeln der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu halten. Insbesondere müssen auch die Staatsorgane Verfassung und Gesetze achten. In keiner Weise dürfen sie ihre rechtlichen Kompetenzen überschreiten.

Wir fordern, dass eine gründliche und kompromisslose Untersuchung der Vorfälle durch unabhängige Organe, die lückenlose Offenlegung der Ergebnisse und die gesetzesmässige Sanktionierung der Verantwortlichen gewährleistet ist.

Letztendlich ist es an der Zeit, dass Albanien im 99. Jahr des Bestehens das grosse Übel der Korruption endlich überwindet. Land und Volk sind für jede weitere Entwicklung auf Rechtsstaatlichkeit angewiesen. Wir appellieren darum eindringlich an alle Repräsentanten des Staates und der Gesellschaft, die Interessen des albanischen Volkes vor die eigenen zu stellen und als ehrenhafte, rechtschaffene und gesetzestreue Vorbilder voranzugehen.

Gesellschaft Schweiz-Albanien 10. März 2011 in CH-9500 Wil.